

fforum

LEHMANN

Nr. 84
eins 04

Hamburger Metallerrinnen + Metaller



**Europäischer Aktionstag
2. und 3. April 2004**

**Berufsförderungswerk
preiswürdig**

Ausbildung zum Fach-
pädagogen

**Unfall- und Gesund-
heitsschutz**

gegen die Demontage



**Mini-Ausbildung
für Mini-Jobs**

zweijährige Ausbildung
ohne Perspektive

Inhaltsverzeichnis

2 Impressum

3 Mini-Ausbildung für Mini-Jobs

Ist die zweijährige Ausbildung eine Perspektive für Benachteiligte?

4 Das Elend der Hamburger ElektrikerInnen

Tarifsituation im Elektrohandwerk

6 Berufsförderungswerk preiswürdig

Ausbildung zum Fachpädagogen für über- und außerbetriebliche Ausbildung

9 Europäischer Aktionstag

2. und 3. April 2003

Sonderdruck aus Sozialismus

13 Bundesregierung bekämpft Arbeitslose statt Arbeitslosigkeit

Was die Hartzgesetze 3 und 4 bedeuten

14 Unfall- und Gesundheitsschutz sind kein Luxus!

Gegen die Demontage unserer Arbeitsschutzsysteme müssen wir uns wehren

Lesetipp

Dumm gelaufen ... und alle rennen mit

Comic

der Hausmeister

15 Lesetipp

Rosario Tijera

Impressum

Kontakt

Detlev Bohlmann
IG Metall
Verwaltungsstelle Hamburg
Besenbinderhof 60 (Ebene 12)
20097 Hamburg
Tel.: 0 40/28 58-539
Fax: 0 40/28 58-560
E-Mail: lehmann-forum@t-online.de

Erscheinungsmonat

Oktober 2003, 26. Jg.

Redaktion

Thomas Feldmann und Gerd Labusch
Tel.: 0 40/4 30 25 88
Betrieb Tel.: 0 40/6 45 81-231
Fax: 0 40/6 45 81-770

Gestaltung

Britta Tralau, Hamburg

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH
21037 Hamburg

V.i.S.d.P.

Bernd Janßen
Industriegewerkschaft Metall
Verwaltungsstelle Hamburg

Abo:

Wer forum zukünftig zugeschickt bekommen möchte, wende sich mit Angabe der Stückzahl und Adresse an Gerd Labusch.
E-Mail: labuschoen@onlinehome.de
Für Mitglieder der IG Metall versenden wir das forum kostenlos, für alle Anderen gegen Erstattung der Versandkosten.

Mini-Ausbildung für Mini-Jobs

Ist die zweijährige Ausbildung eine Perspektive für Benachteiligte? „Neu Chancen für praktisch begabte Jugendliche“ heißt die Überschrift einer Presseerklärung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Doch es stellt sich die Frage, wo hier denn nun die Chance liegen soll.

Angeblich hält die lange Ausbildungszeit von drei bis dreieinhalb Jahren viele mittelständische Betriebe davon ab, Ausbildungsplätze anzubieten. Das Bundesinstitut verweist in einer Pressemitteilung wiederum darauf, dass es eine intensive Untersuchung über die Notwendigkeit von zweijährigen Ausbildungsberufen zuletzt im Jahre 1993 gegeben habe und hier das Fazit eindeutige war, Zweijährige Berufe bieten keine Chance und es besteht kein Bedarf. Nun haben zwar in einer aktuellen Untersuchung aus dem Jahre 2002 62 % der befragten Unternehmen (633) ein Interesse an einer zweijährigen Ausbildung bekundet, über die späteren Beschäftigungsmöglichkeiten wurden aber sinnigerweise keine Aussagen getroffen.

Aus unserer Sicht sind zweijährige Schmalspurausbildungen der falsche Weg, für benachteiligte Jugendliche eine Arbeitsplatzchance zu schaffen. Alle Prognosen über die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes gehen davon aus, dass die Beschäftigungsmöglichkeit für schlecht ausgebildete Menschen weiter sinken wird. Wenn also jetzt die Unternehmen eine zweijährige Ausbildung fordern, wollen sie nur kurzfristig billige Arbeitskräfte haben. Sollte das so nicht stimmen, dürfte es doch überhaupt kein Problem sein, gleich die anschließende Beschäftigungsmöglichkeit zu garantieren bzw. zu prognostizieren. In diesem Punkt gibt es aber keine Aussage bzw. Zusage. Vielmehr kommt eine Studie der Firma Economix, die diese im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft durchführte, zu der Schlussfolgerung, dass man zu der Beschäftigungsmöglichkeit nach Abschluss der Ausbildung keine konkrete Aussage machen könne. Verwiesen wird dabei auf das Beispiel der Schweiz.

Das Problem liegt doch eigentlich ganz woanders. Viele Betriebe haben sich aus der Verantwortung gestohlen in die Ausbildung der eigenen Fachkräfte zu investieren. Ausbildung ist nicht rentabel und zahlt sich nicht sofort aus, deshalb weg damit und aus die Maus. Wenn die Bundesregierung sich darüber beklagt, dass viele Ausbildungsplätze in den Betrieben von AbiturientInnen blockiert werden, so liegt das doch wohl an den Betrieben selbst und nicht an den BewerberInnen mit einer geringeren Schulbildung. Notwendig sind hier Veränderungen in der Ausbildung und quantifiziertes Ausbildungspersonal, dass auch Menschen mit schlechteren Lernvoraussetzungen die Ausbildung in einem hochqualifizierten FacharbeiterInnenberuf ermöglicht. Hier zu investieren ist auch eine Investition in die Zukunft.

»zweijährige Berufe ohne Chance und es besteht kein Bedarf«

Nach allem was man heute weiß, wird es bei der jetzigen Entwicklung über kurz oder lang zu einem akuten FacharbeiterInnenmangel kommen. Schmalspurausbildungen bringen hier keine Lösung, sondern vertuschen nur das Problem, dass tatsächlich gelöst werden muss. Bald wird es zu wenig Jugendliche geben, die sich um eine Lehrstelle bewerben. Man wird also gar nicht darum herumkommen Menschen ohne Abitur, Realschule oder sonstige höhere Bildungsabschlüsse auszubilden. Hier muss heute investiert werden, wenn der Begriff Ausbildungs-offensive tatsächlich ernst gemeint ist. Die vom Bundeswirtschaftsminister Clement abgelehnte Ausbildungsabgabe wäre hier ein gutes und sinnvolles Instrument. So könnten die Betriebe finanziell entlastet werden, die tatsächlich in

die Ausbildung von Fachkräften investieren und die nichts tun würden finanziell belastet.

Mini-Ausbildung für Mini-Jobs hat aber auch Folgen für diejenigen, die heute meinen, dass sie die Ausbildung ja eigentlich gar nichts anginge. Wenn die Löhne für Fachkräfte erst einmal abgesenkt werden können, dann macht die Absenkung dort nicht halt, wo bisher scheinbar das Lohnniveau gesichert ist. Ausbildung geht uns also alle an. Empfehlenswert ist es die Stellungnahme der IG Metall zur Einfachausbildung von Benachteiligten zu lesen, sie sehr detailliert auf die oben genannten Punkte eingeht. Zu finden ist diese auf dem Netzwerk WAP.

Die IG Metall hat sich inzwischen auch entschieden an dem sogenannten Monitoring-Gespräch beim Bundesministerium für Wirtschaft nicht mehr teilzunehmen, da die Argumente gegen eine zweijährige Ausbildung bei der Position des Bundesministeriums überhaupt keine Würdigung gefunden haben. Vielmehr wurde noch am letzten Tag dieser Runde eine Pressemitteilung veröffentlicht in der die Einführung zweijährige Ausbildungen verkündet wurden. Damit ist das bisher übliche Prinzip, dass Berufe immer im Konsens erarbeitet wurden, für diesen Teil aufgehoben worden. Wir können nur allen betrieblichen FunktionsträgerInnen und vor allem die Betriebsräte dazu auffordern die Einführung von zweijährigen Ausbildungsgängen in den Betrieben zu verhindern. Das Mitbestimmungsrecht bei der beruflichen Bildung gibt uns hier einige Rechte. Wichtiger noch ist die Diskussion in die Kollegenschaft zu tragen und hier die Problematik darzustellen.

REDAKTION

In den achtziger Jahren tauchte in Hamburg erstmals für die Beschäftigten im Hamburger Elektrohandwerk die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) auf.

Damals hatte der Norddeutsche Fachverband Elektrotechnik (NFE, Arbeitgeberverband der Hamburger Elektromeister) von der IG Metall einen Tarifvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung verlangt und brach – als die IG Metall das ablehnte – auch die Verhandlungen über Lohn und Gehalt ab. Stattdessen ging der NFE zur CGM.

Die hatte zwar in Hamburg niemanden, mit dem man hätte ver-

Die CGM, die in Hamburg bis dahin nur Eingeweihte kannten, kam in dem Schreiben nicht vor. Auch die angefügte Erklärung, mit der sich die Beschäftigten per Unterschrift dem neuen Vertrag unterwerfen sollten, verriet nicht, dass es ein CGM-Vertrag war. Da stand nur: „Es gelten die Tarifverträge in ihrer jeweils gültigen Fassung, die der Norddeutsche Fachverband Elektrotechnik für seine Mitglieder abgeschlossen hat.“

War das Betrug? Arglistige Täuschung? Dass der neue Vertrag „auf alle Arbeitsverhältnisse in

In den darauffolgenden Jahren folgten weitere Verschlechterungen für die Arbeitnehmer:

- Senkung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes von 50% auf 40%
- Jahre mit Nullrunden z.B. 1997
- 1,8% Abschluss mit einer Laufzeit von 24 Monaten (1.1.2002 bis 31.12.2003), Beginn der 1,8% Lohnerhöhung ab den 1.6.2002.

Die CGM unterschrieb immer und bekam sogar eine Gegenleistung dafür. Zum ersten Mal hatte ein Arbeitgeberverband sie als richtige Gewerkschaft anerkannt, die „richtige Tarifverträge“ abschließt.

Die Anerkennung der Beschäftig-

Das Elend der Hamburger

handeln können; dafür unterschrieb ihr Hauptvorstand aus Stuttgart wenig später gleich ein ganzes Paket von Tarifverträgen für Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen unter anderem den gewünschten Tarifvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung, der Leiharbeit sogar zu Streikbrechereinsätzen erlaubte.

Für die Arbeitgeber hatte dieser erste Tarifvertrag mit der CGM, der nicht von der IG Metall abgeschrieben war, allerdings einen großen Nachteil: Mangels CGM-Mitgliedern im Elektrohandwerk galt er für niemanden. Also versuchten sie ihre Beschäftigten auszutricksen. 1993 ließen sie sich von der CGM auch einen Manteltarifvertrag unterschreiben und behaupteten anschließend in einem Brief an ihre Beschäftigten: „Die auf allen Arbeitsverhältnisse in unserem Betrieb Anwendung findenden Tarifverträge für die Hamburger Elektrohandwerke sind mit Wirkung vom 1.1.1994 verändert worden ... Der Manteltarifvertrag ist völlig neu überarbeitet und der neuen Rechtsprechung und Gesetzgebung angepasst worden.“

unserem Betrieb“ Anwendung findet, war zumindest eine glatte Lüge. Denn der Manteltarifvertrag mit der IG Metall war zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal gekündigt. Zu Geheimniskrämerei hatten die Arbeitgeber allen Grund. Denn der CGM-Vertrag sollte – gegenüber dem IG Metall-Tarifvertrag – gravierende finanzielle Auswirkungen haben:

- Kündigungsfristen wurden unter das gesetzliche Minimum gekürzt
- die Berechnungsgrundlage für das Urlaubsgeld wurde gekürzt
- Mehrarbeitszuschläge gab es erst bei Überschreitung der Wochenarbeitszeit statt, nicht wie bisher der Tagesarbeitszeit
- die Fernauslösung wurde gekürzt und die Nahauslösung halbiert
- Urlaub wurde bei längerer Krankheit automatisch gekürzt

Lauter Bestimmungen also, wie sie sich die Arbeitgeber schon immer gewünscht hatten – und wie sie sie gegenüber der IG Metall nie hätten durchsetzen können.

ten aber ließ weiter aus sich warten. Auch nach über zehn Jahren „Tarifarbeit“ ist die CGM im Hamburger Elektrohandwerk ein Fremdkörper geblieben. Der IG Metall jedenfalls ist es bis heute nicht gelungen, auch nur ein einziges CGM-Mitglied im Hamburger Elektrohandwerk aufzutreiben. Damit steht sie nicht allein. Auch die Arbeitgeber haben in ihren Betrieben offenbar niemanden gefunden, auf den sie die Verträge anwenden könnten. Sonst müssten sie es ja nicht mit Lügen und arglistiger Täuschung versuchen.

Wer ist die CGM?

Was ist das für eine Organisation, die sich „Gewerkschaft“ nennt und solche „Tarifverträge“ abschließt? Die CGM ist in der Bundesrepublik nicht flächendeckend vertreten. Überdurchschnittlich viele Mitglieder hat sie in Baden-Württemberg (vor allem Friedrichshafen und Sindelfingen), Bayern (vor allem Schweinfurt), Niedersachsen (vor allem VW) und im Saarland. Für ihre Verhältnisse ganz gut vertreten ist die CGM noch in Nordrhein-Westfalen; einzelne Betriebsgruppen hat sie außerdem in Hessen und Rheinland-Pfalz. In Bremen, Hamburg und Schleswig-

Holstein ist die CGM so wenig präsent wie im Osten, wo sie nach eigenen Angaben in allen neuen Ländern zusammen rund 2000 Mitglieder hat.

personelle Besetzung der CGM

Die CGM beschäftigt neben ihrer Zentrale in Stuttgart (dort sitzen der Vorsitzende, der Hauptgeschäftsführer, der Pressesprecher, der Hauptkassenleiter sowie einige Bürokräfte), neun Landessekretäre für Baden-Württemberg (Sulzbach), Bayern (Schweinfurt), Berlin, Hessen (Rüsselsheim),

CGM soll beweisen, dass sie eine eigenständige handlungsfähige und tariffähige Gewerkschaft ist.

Das Problem bei diesem Prozess ist das er sich über Jahre schon hinzieht. Zuletzt wurde das Verfahren im Frühjahr 2003 vom CGM verschleppt. Der Anwalt des CGM stellte einen Befangenheitsantrag gegen den vorsitzenden Richter und seiner beiden Beisitzer, weil das Gericht angedeutet hatte das der Prozess jetzt endlich, auch zeitlich, zur Entscheidung anstehe. Der Antrag wurde zwar zwischenzeitlich abgelehnt, aber von einem neuen Prozesstermin haben

kamen, das vor der Aufnahme von Tarifverhandlungen, erst die IG Metall die CGM Machwerke anerkennen sollte, was die IG Metall natürlich ablehnen musste.

Nicht zuletzt soll auch dieser Artikel die Probleme der Norddeutschen Elektriker ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit bringen. Denn ein großes Plus der Arbeitgeber ist es immer noch das kaum jemand von den Problemen der Elektriker weis. Wenn man in Gesprächen versucht jemanden auf unsere Problematik aufmerksam zu machen, stößt man immer wieder darauf, dass keiner die

ElektrikerInnen

Die Tarifsituation im Elektrohandwerk

Niedersachsen (Hannover), Nordrhein-Westfalen (Duisburg), Saarland (Saarbrücken), Sachsen-Anhalt (Magdeburg) und Thüringen (Gera) sowie acht Bezirkssekretäre für Nordwürttemberg/Nordbaden (Sulzbach), Südwürttemberg/Südbaden (Friedrichshafen), Schwaben/Oberbayern (Augsburg), Oberpfalz (Regensburg), Mittelfranken (Nürnberg), Nordhessen (Kassel), Saarland (Saarbrücken), und Ruhr/Südwestfalen (Duisburg/Siegen). Mehr gibt es nicht. Bundesweit verfügt die CGM also über rund 20 Hauptamtliche – falls alle Stellen besetzt sind.

Die CGM gehört zum Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) dem außer ihr noch 14 weitere „Einzelgewerkschaften“ angehören.

Was unternimmt die IG Metall mit ihren Mitgliedern?

Die IG Metall strebte einen Prozess vor dem Landesarbeitsgericht in Stuttgart an. In den Verfahren geht es um einen Antrag der IG Metall, der CGM den Gewerkschaftsstatus abzuerkennen. Die

wir bis jetzt noch nichts gehört.

Von engagierten Kollegen, aus dem Hamburger Elektrohandwerk, wurde 1994 der ‚Arbeitskreis Elektro‘ ins Leben gerufen. In diesem Arbeitskreis werden die Mitglieder beraten und es werden diverse Aktionen geplant und vorbereitet, z.B. wurden den Arbeitgebern anlässlich eines Festes des NFE und der anstehenden Jahrtausendwende, im Rahmen einer – von der IG Metall organisierten – kleinen Demo, 1999 der Kurzschluss des Jahrhunderts überreicht. Es wurden Flugblätter Aktionen durchgeführt (unter anderem zur Weihnachtsgeldkürzung Kreierten wir den Nullinger). Wir waren bisher zweimal (2000 und 2002) mit einem Messestand auf der Messe Nordelektro in Hamburg vertreten. In diesem Zusammenhang wurden auch die Spiele der Heiße-Draht und einen weiteres Geschicklichkeitsspiel vom Arbeitskreis entwickelt und gebaut. Seit einiger Zeit hat es der Arbeitskreis auch geschafft einen monatlichen Flyer herauszugeben. Es wird auch immer wieder versucht mit den Arbeitgebern ins Gespräch zu kommen. Doch diese Gespräche führten bis jetzt zu keinem Ergebnis, da die Arbeitgeber immer wieder mit der Forderung

CGM kennt und man immer erst die ganze „Leidensgeschichte“ erzählen muss.

Warum ruft die IG Metall nicht einfach zum Streik auf?

Sieht man sich die Zusammensetzung der einzelnen Elektrobetriebe an fällt auf, dass es sich überwiegend um kleine Betriebe handelt, es gibt kaum Großbetriebe, dem zufolge ist meistens der Chef oder Meister auch gleichzeitig der Inhaber der Firma, der einen großen Druck auf seine Mitarbeiter ausüben kann („wenn ihr einen Betriebsrat gründet oder streikt, dann mache ich die Bude dicht“).

Dies setzt die Mitarbeiter unter großen Druck da sie eingeschüchtert werden und um ihren Arbeitsplatz fürchten. Auch die Einsatzfähigkeit der Kollegen ist ein Problem, da sie überwiegend auf Baustellen arbeiten und ihre Kollegen teilweise nur selten

Fortsetzung auf Seite 8

Berufsförderungswerk preiswürdig

Gemeinsam mit dem Berufsförderungswerk Hamburg und der Universität Hamburg hat die IG Metall das Konzept einer Ausbildung zum Fachpädagogen für über- und außerbetriebliche Ausbildung entworfen.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten diese Ausbildung von der Handelskammer Hamburg als Aufstiegsfortbildung anerkennen zu lassen, konnte dieses schließlich doch erreicht werden. Ein Ergebnis der Schwierigkeiten ist, dass bisher bei der Ausbildung der betriebliche Teil fehlt. Für uns als IG Metall bleibt das Ziel diesen betrieblichen Teil mit einzubeziehen. Das wir uns dabei auf dem richtigen Weg befinden zeigt die

Ausbildungspersonals etwas getan werden muss. In der Pressemitteilung des BiBB heißt es dazu: „*Fachpädagoge/Fachpädagogin für über- und außerbetriebliche Bildung; Preisträger: Berufsförderungswerk Hamburg GmbH, Hamburg. Die Professionalisierung des Ausbildungspersonals ist Ziel der Weiterbildung zum/zur Fachpädagogen/Fachpädagogin. Mit dieser Maßnahme wird bundesweit erstmals ausbildenden Fachkräften in Unternehmen, Bildungsstätten, Institutionen oder Werkstätten der beruflichen Rehabilitation ein Bildungsgang angeboten, der einen anerkannten Fortbildungsabschluss auf hohem Niveau vermittelt. Die Inhalte der als Aufstiegsfortbildung entwickelten Maßnahme konzentrieren sich*

entweder ‚Spezifische Personengruppen‘ (z.B. benachteiligte Jugendliche, Einrichtungen wie z.B. Reha-Zentren) oder ‚Themen‘ (z.B. Personal/Organisationsentwicklung).“ Kontakt: Herr Dr. Andreas Wohlfahrt, Berufsförderungswerk Hamburg GmbH; E-mail: wohlfahrt@BFW-Hamburg.de; Internet: www.bfw-hamburg.de

»ein Gespräch mit AbsolventInnen, Teilnehmern und Leiterinnen dieser Fortbildung«

Wir, die Redaktion von forum, haben diese Auszeichnung zum Anlass genommen, ein Gespräch mit AbsolventInnen, Teilnehmern und Leiterinnen dieser Fortbildungsmaßnahme zu führen. TeilnehmerInnen des Gesprächs waren: Marlis Lübcke (Architektin



Auszeichnung, die dieser Ausbildung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) zugesprochen wurde. Die Ausbildung zum Fachpädagogen ist eine von fünf Weiterbildungsmaßnahmen, die 2004 mit dem Weiterbildungsinnovationspreis prämiert wurden.

»2004 mit dem Weiterbildungsinnovationspreis prämiert«

Wir verstehen dieses als einen deutlichen Hinweis, dass gerade bei der Professionalisierung des

auf drei Qualifizierungsbereiche:

1. *Erwerb grundlegender, handlungsfeldübergreifender pädagogischer Kompetenzen für die Arbeit in über- und außerbetrieblichen Handlungsfeldern;*

2. *Erwerb handlungsfeldspezifischer Qualifikationen für die beiden Handlungsfelder über- und außerbetriebliche Aus- und Weiterbildung;*

3. *Erwerb bzw. Vertiefung von Qualifikationen in einem besonderen Handlungsfeld, wahlweise*

und Ausbilderin für BauzeichnerInnen im Berufsförderungswerk (BFW) Hamburg), Lars Richter (Druckvorlagenhersteller, Gas-Wasser-Installateur, heute Ausbilder für Mediengestalter im BFW Hamburg), Olaf Fönschau (Meister Heizungs- und Klimatechnik, heute Ausbilder für Hausmeister im BFW Hamburg), Gabriela Hahn und Cornelia Lödigung (Leiterinnen der Ausbildung zum Fachpädagogen im BFW Hamburg)

Olaf Fönschau, der den 1. Lehr-

und die IG Metall hat geholfen

gang des Fachpädagogen erfolgreich abgeschlossen hat, berichtet, dass er als Meister schon eine Qualifikation zur Ausbildung erreicht hatte. Doch in erster Linie war seine Kenntnis von Ausbildung von der sogenannten 4-Stufen-Methode geprägt. Die hatte er selber erfahren und auch in der Meisterausbildung intensiv kennen gelernt. Als er nun hauptamtlich in die Ausbildung einstieg, hielt er sich krampfhaft – nicht nur am Overheadprojektor – an dieser Methode fest. Die Ausbildung zum Fachpädagogen hat ihm den Zugang zu anderen Lehrmethoden eröffnet. Ausbildung macht ihm jetzt richtig Spaß und er fühlt sich sicherer. Hier hakt Marlis Lübcke ein und bestärkt diesen Eindruck. Als Architektin war Ausbildung bis

der Ausbildung um- und eingesetzt werden.

Lars Richter, der gerade erst mit der Ausbildung zum Fachpädagogen begonnen hat, berichtet, dass er schon nach den ersten beiden Fortbildungstagen damit begonnen hat, seine Ausbildung zu verändern, um etwas Neues auszuprobieren. Bisher hatte er gut ausgearbeitete und strukturierte Arbeitsblätter, aber den Auszubildenden wenig Raum für eigene Kreativität gaben. „Also“, sagt Lars Richter, „habe ich mich jetzt daran gemacht und werde diese Blätter verändern und den TeilnehmerInnen mehr Raum für eigene Kreativität geben.“ „Im Übrigen sei aber auch noch erwähnt“, so Lars Richter, „dass in meinem Team ein Absolvent des

gängig als auftragsorientiertes Projekt durchgeführt.

TeilnehmerInnen wie AusbilderInnen haben viel aus dieser Ausbildung mitgenommen und waren begeistert, auch wenn man jetzt alle alten Materialien wohl in die ‚Tonne werfen kann‘.

Marlis Lübcke und Olaf Fönschau können auch schon über viele positive Dinge berichten, machen aber deutlich, dass viele KollegInnen dieser Ausbildung und den dort vermittelten Inhalten eher skeptisch gegenüber stehen. Die Theorie sei ganz okay, aber in der Praxis sei doch vieles anders. An dieser Stelle weisen Gabriela Hahn und Cornelia Löding darauf hin, dass es ihnen bei der Ausbildung ganz wichtig ist, angemessen mit diesen Vorbehalten

v.l.n.r.:

Gabriela Hahn

Lars Richter

Marlis Lübcke

Cornelia Löding

Gerd Labusch

Olaf Fönschau

Fotos:

Uwe Zimmermann



dahin nicht ihr Schwerpunkt. Ihr Handwerkszeug für die Ausbildung war das, was sie selber erfahren hatte und was sie von den KollegInnen mitbekommt. Die Ausbildung zur Fachpädagogin hat ihr neben der Methodenvielfalt auch noch die Möglichkeit eröffnet genauer zu durchdringen, was eine Ausbilderin macht. Handlungsorientierung, Projektmethode und Konfliktmanagement sind inzwischen nicht nur Schlagworte, sondern können von ihr konkret in

zweiten FachpädagogInnen-Lehrgangs arbeitet, der mich auch schon positiv mit neuen Formen der Ausbildung konfrontiert hat.

»Handlungsorientierung, Projektmethode und Konfliktmanagement einsetzen lernen«

Am Anfang war man im Team ja etwas skeptisch was das Neue so bringt, aber am Ende waren alle richtig begeistert.“ So wurde eine bisher eher fachsystematisch aufgelegene Ausbildung einmal durch-

umzugehen. Gerade KollegInnen aus den handwerklichen Bereichen weisen zu Beginn der Ausbildung zum Fachpädagogen immer wieder darauf hin, dass sie doch eigentlich immer schon modern und handlungsorientiert ausgebildet hätten. Schlüsselqualifikationen haben sie schon vermittelt, als der Begriff noch gar nicht modern war. Diese KollegInnen langsam dahin zu führen ihre tägliche Ar-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

beit theoretisch zu durchleuchten und etwas Neues auszuprobieren, sei eines ihrer Ziele in der Ausbildung zum Fachpädagogen. ExpertInnen für Ausbildung sind in der Regel alle TeilnehmerInnen der Fortbildung. Diese Erfahrungen und dieses Wissen soll die Fortbildung nutzen und gemeinsam mit allen zu einer höheren Ebene, nämlich der Professionalisierung des Handelns führen.

»theoretisch durchleuchten und Neues probieren.«

Alle fünf machen deutlich, dass sie nur jedem empfehlen können an dieser Ausbildung teilzunehmen. Ratsam finden sie es auch, dass man sich hinterher wieder regelmäßig trifft und sich über Erfahrungen austauscht. Wenn die IG Metall solch ein AusbilderInnen-treffen organisieren würde, wäre das sehr zu begrüßen. Wie interessant dieser Austausch ist, wurde im Verlauf der FachpädagogInnen-ausbildung deutlich. Hier waren Bau-, IT-, Medien-, kaufmännische Berufe usw. unter einem Dach zusammen und tauschten sich über ihre Erfahrungen in der Ausbildung aus. Es wurde deutlich, dass die Grenzen und Unterschiede – in der Regel – künstlich sind und von ‚Außen‘ eingeredet werden. Allgemein wird es sehr bedauert, dass bisher leider nur am ersten Lehrgang AusbilderInnen von außerhalb des BFWs teilgenommen haben. Dieser Austausch wäre noch interessanter gewesen. Alle Beteiligten gehen davon aus, dass auch und gerade die Betriebe von dieser Ausbildung sehr profitieren könnten. Hier sollte die IG Metall über die Betriebsräte mehr Reklame machen.

Auf die Frage, was bei der Ausbildung zum Fachpädagogen erhalten werden sollte und was nicht, wird Folgendes betont. Die Ausbildung sollte um den betrieblichen Teil ergänzt werden, da sich die Ausbildung nun einmal vorwiegend an den betrieblichen Bedingungen ausrichtet, egal ob über- oder außerbetrieblich. Dieser

„Geburtsfehler“ sollte dringend behoben werden. Als gut und richtig wird die zusammenhängende Ausbildung begriffen. Es ist, aus der Sicht der GesprächsteilnehmerInnen, nicht sinnvoll die Ausbildung in einzelne Module zu zerstückeln. Gerade der immer wieder hergestellte Zusammenhang zwischen den einzelnen Themengebieten war gut und vor allem hilfreich. Wenn eine Modularisierung aber nun einmal nicht zu verhindern sein sollte, so sollten die EntwicklerInnen darauf achten, dass der Gesamtzusammenhang sichergestellt wird und zwar in jedem einzelnen Modul. Die Module dürfen also nicht zu klein gestrickt sein. Verzichten könnten alle gern auf die doch sehr aufwändige Prüfung. Hier wird vor allem der schriftliche Teil genannt. An zwei Tagen, sieben Arbeiten, zu unterschiedlichen Themenkomplexen, das sei schon sehr sehr hart. Hier eine andere Form von Prüfung zu finden wäre nach Ansicht der GesprächsteilnehmerInnen im Sinne der FachpädagogInnen-ausbildung sinnvoll und angebracht. Wenn schon Handlungsorientierung und neue Formen von Ausbildung, dann sei auch eine andere Form von Prüfung angemessen.

»die Betriebe profitieren von dieser Ausbildung sehr«

Im Übrigen waren für alle, die die Prüfung schon hinter sich haben, die Projektarbeit und die mündliche Prüfung angemessen und gut. Dieses könnte auch ein Ansatz sein, mehr Praxiselemente in die Prüfung hinein zu nehmen. Gabriela Hahn und Cornelia Löding sehen darin einen Weg die Ausbildung noch zu verbessern, da diese Praxis dann direkter Bestandteil der Ausbildung sein könnte. Allerdings soll der theoretische Hintergrund dadurch nicht ausgeblendet werden.

Die Redaktion von forum bedankt sich ganz herzlich für dieses Gespräch, das Gerd Labusch und Uwe Zimmermann führten.

REDAKTION

Fortsetzung von Seite 5

sehen. Auch ist es dadurch ein Problem sie zu erreichen.

Kurz gesagt es ist eben einfacher in einer Fabrik mit 100 oder 200 Kollegen gemeinsam auf die Straße zu gehen, als in Betrieben mit 3 oder 6 Beschäftigten. Es existiert zwar in einigen größeren Betrieben Haustarifverträge mit der IG Metall, doch haben die vielen Beschäftigten in den überwiegenden Kleinbetrieben davon gar nichts.

Was für Auswege aus der Situation gibt es?

Durch weitere Aktionen werden wir auch weiter versuchen die Arbeitgeber zu nerven und die Öffentlichkeit zu informieren. Wir sind menschlich im Recht. Was ist das für eine Art und Weise sich von einem in Norddeutschland ohne Mitglieder vertretenden Verband so genannte Tarifverträge absegnen zu lassen.

Große Hoffnung setzen wir auf das Urteil im Prozess gegen die CGM, aber selbst ein in unserem Sinn positives Urteil verhilft uns nicht automatisch zu einem neuen Tarifvertrag. Dazu bedarf es bestimmt noch einigen Druck auf die Arbeitgeber.

Schon wäre es wenn von der Gesetzgebung ein Tariftreuegesetz verabschiedet würde, den dann benötigten die Arbeitgeber einen Tarifvertrag, um weiter an öffentliche Aufträge zukommen. Aber auch dazu wird es wohl in absehbarer Zeit nicht kommen.

So versuchen wir weiter neue Mitglieder zu gewinnen und ermuntern alle Mitglieder dazu in den Betrieben Flagge zu zeigen, um so den Arbeitgebern klar zu machen, dass ihre Tarifpolitik nicht überall eitel Sonnenschein auslöst.

Weitere Informationen gibt es auf der Homepage der IG Metall Hamburg www.hamburg.igmetall.de

KARL-HEINZ WESTPHAL
Arbeitskreis Elektrohandwerk
Branchenleiter

Europäischer Aktionstag 2. und 3. April 2004



Demonstration am 1.11.2003 in Berlin (Foto: P. Homann/Gegendruck)

Die Agenda 2010 der sozialdemokratisch-grünen Koalitionsregierung in Berlin ist kein nationaler Sonderweg. Seit der Millenniumswende wurden auf zahlreichen EU-Gipfeln die Grundzüge einer »Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas« (Kommission) bekräftigt. Europa hat – alle nationalen Unterschiede in Rechnung gestellt – eine gemeinsame Tagesordnung: die schrittweise »Entsorgung« des Wohlfahrtsstaates. Dagegen hat sich in den letzten Jahren Widerstand formiert. 100.000 Demonstranten am 1. November 2003 in Berlin waren ein guter Auftakt zur Mobilisierung zum Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau.

Deutschland

Regierung: Sozialdemokratisch-Grün

Sozialleistungsquote (SQ – Anteil der Ausgaben für Soziale Sicherheit am BIP in 2000): 29,5%; Arbeitslosenquote in 2003 (AL): 10,3%

Arbeitsmarkt: u.a. Kürzungen beim Arbeitslosengeld (Zu-mutbarkeit, Sperrzeiten), Ersetzung der Arbeitslosenhilfe durch Arbeitslosengeld II (Sozialhilfeniveau), Ausbau des Niedriglohnsektors durch Mini-/Midi-Jobs und subventionierte Kleinstselbstständigkeit, Ausweitung von Leiharbeit, Einschränkung des Kündigungsschutzes (in Kleinbetrieben).
Rente: Der »Systemumbau« durch kapitalmarktbasierte Zusatzrenten wird fortgesetzt durch Verschlechterungen in der gesetzlichen Rentenversicherung: Aussetzung der Rentenan-

passung 2004, Verschiebung der Rentenauszahlung, Erhöhung des Rentenbeitrags zur Pflege- und Krankenversicherung. Geplant ist die Einführung eines demografischen Faktors, der – nach den Plänen der Rürup-Kommission – das Nettorentenniveau bis zum Jahr 2030 von z.Z. 69,5% auf 57,8% senken würde, sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Gesundheit: kurzfristig 9 Mrd. und bis 2007 19 Mrd. EUR müssen die Versicherten aufbringen: durch Privatisierung von Leistungen, Zuzahlungen bei Arztbesuch, Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalt. Der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung wird durch Entlastung der Arbeitgeber beschleunigt. Mit der Alternative »Bürgerversicherung« oder »Kopfprämie« steht in den nächsten Jahre eine Systementscheidung bevor.

Großbritannien

Labour; SQ: 26,8%; AL: 5,1%

Arbeitsmarkt: New Labour hat die Arbeits- und Gewerkschaftsgesetze der Thatcher/Major-Regierung fortgeschrieben, darunter die Jobseeker Allowance, die Lohnersatzleistungen von der Beitragszahlung entkoppelt und auf ein halbes Jahr begrenzt. Die Förderung von Niedriglohnjobs gehörte ebenso zur New Labour-Strategie wie die Voll- oder Teilprivatisierung öffentlicher Infrastruktur und im Bildungssystem (Public-Private-Partnership, Einführung bzw. drastische Erhöhung von Studiengebühren).

Rente: Aufgrund niedriger Grundrente (16-20% des Durchschnittslohns) hängt die Alterssicherung im Wesentlichen von Pensionsfonds und Betriebsrenten ab. Beide stehen nach dem Platzen der Blase der New Economy vor massiven Finanzproblemen. In der Diskussion ist eine Förderung verlängerter Lebensarbeitszeit von 65 bis zu 70 Jahren.

Gesundheit: Auseinandersetzung um Teilprivatisierungen im National Health System, vor allem der Krankenhäuser.

Niederlande

Christdemokratisch-Liberal; SQ: 27,4%; AL: 3,8%

Arbeitsmarkt: Im Oktober 2003 vereinbarten Regierung und Tarifvertragsparteien nach längeren Auseinandersetzungen ein neues Sozialabkommen: Einfrieren der Löhne in 2004 und 2005; im Gegenzug verzichtet die Regierung auf geplante Verschlechterungen beim Vorruhestand, der Arbeitslosen- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung (Frührente), die Sozialleistungen sollen ab 2006 wieder an die Lohnentwicklung (statt Inflation) gekoppelt werden und die Regierung stützt die Krankenversicherung mit 200 Mio. EUR.

Rente: Im Rahmen der Vereinbarungen mit den Tarifvertragsparteien hat die Regierung geplante Verschlechterungen beim Vorruhestand ausgesetzt; in 2004 soll das Frühverrentungssystem neu verhandelt werden.

Gesundheit: Ab einem Jahresinkommen von 30.700 EUR obligatorische private Zusatzversicherung. Selbstbeteiligung beim Arztbesuch. Für Arzneimittel, die auf der Positivliste vermerkt sind, übernimmt die Krankenkasse die Kosten ohne Zuzahlung. Lange Wartezeiten für operative Eingriffe.

Österreich

Bürgerlich-Rechtspopulistisch; SQ: 28,7%; AL: 4,4%

Rente: Trotz landesweiter Streiks im Mai/Juni 2003 konnte die Pensionsreform nur geringfügig entschärft werden. Kritikpunkte des ÖGB bleiben u.a.: Verlängerung der Lebensarbeitszeit um ein Jahr; Kürzung der Altersruhegelder um mehr als 1,5 Monatspensionen/Jahr; Abschaffung der Frühverrentung bei Arbeitslosigkeit bzw. langer Versicherungsdauer; 4,2% Abschläge pro Jahr bei vorgezogener Rente; Aussetzung der Pensionsanpassung im ersten Rentenjahr; Ausdehnung des

Bemessungszeitraumes von 15 auf 40 Jahre.

Gesundheit: Patienten in Österreich müssen z.T. tief in die eigene Tasche greifen: Apothekengebühr (4,25 EUR pro Medikament), Krankenhausbeitrag (8 EUR/Tag, für Mitversicherung 17,70 EUR), Krankenschein (3,63 EUR/Quartal), Fahrtkosten zum Arzt (mind. 22,40 EUR). Der Zahnersatz wird von den Kassen nicht übernommen.

Frankreich

Bürgerblock; SQ: 29,7%; AL: 9,4%

Rente: Trotz umfangreicher Generalstreiks – so am 3.6.2003 – hat die Regierung Raffarin u.a. eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 37,5 auf 40 Beitragsjahre (in 2008, 41 Jahre in 2012 und 42 in 2020) durchgesetzt sowie Abschläge von 3% bis 6% (in 2008) pro Jahr bei vorzeitiger Rente; Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzversicherung.

Gesundheit: In den letzten Jahren wurden Erstattungen für Medikamente, Prothesen und ärztliche Leistungen (von 2 auf 20 EUR pro Arztbesuch) beständig erhöht. Hörhilfen, Brillen und Zahnimplantate werden nicht oder nur noch minimal erstattet. Mitte 2004 will die Regierung neue Vorschläge zum Defizitabbau der Krankenversicherung vorlegen, u.a.: Senkung der Lohnersatzleistungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Anhebung der allgemeinen Sozialabgabe, Rezeptgebühr, Beteiligung an Kosten des Krankenhausaufenthalts.

Italien

Rechtspopulistisch-Postfaschistisch; SQ: 25,2%; AL: 8,6%

Arbeitsmarkt: Einschränkung des Kündigungsschutzes in Betrieben ab 15 Beschäftigten; Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch individuelle Arbeitsverträge, Recht von Unternehmen, ganze Belegschaften mit Leiharbeitskräften zu besetzen und sich in viele Mini-Einheiten aufzuteilen.

Rente: Begleitet von mehreren Generalstreiks (so am 24.10.2003) betreibt die Regierung Berlusconi die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit von z.Z. 59,4 auf zunächst 63 und ab 2008 auf 65 Jahre (Männer) und des Beitragszeitraums von 35 auf 40 Jahre.

Gesundheit: Private Zuzahlung bis 36 EUR pro Verordnung (deckt max. 8 Leistungen ab), Zahnersatz ist keine Versicherungsleistung, Rezeptgebühr, gestaffelte Selbstbeteiligung bei Medikamenten.

Spanien

Bürgerlich-Rechtskonservativ; SQ: 20,1%; AL: 11,3%

Arbeitsmarkt: Die von der Regierung in Angriff genommene Verschärfung des Bezugs von Arbeitslosengeld musste nach einem Generalstreik am 20.6.2002 wieder zurückgenommen werden.

Rente: Volle Rentenansprüche nach 35 Beitragsjahren ab einem Alter von 65 (öffentlicher Dienst: 30/60 Jahre). Seit 2002 wird längere Lebensarbeitszeit gefördert. Gefordert wird von den Gewerkschaften eine stärkere Anhebung der Mindestrenten (in 2002 max. 471 EUR/Monat).

Gesundheit: Leistungen sind generell kostenlos, bei längeren Krankenhausaufenthalten wird eine einkommensabhängige Zuzahlung verlangt. Medikamente werden nur verschrieben, wenn sie auf der Positivliste aufgeführt sind, die Zuzahlung beträgt 40%.

Portugal

Rechtskonservativ/-populistisch; SQ: 22,7%; AL: 6,5%

Rente: Für die Rentenhöhe werden (schrittweise bis 2016) die Einkommen des gesamten Versicherungszeitraums (nicht mehr die Jahre mit den höchsten Einkommen) zugrunde gelegt, was einen senkenden Effekt hat.

Gesundheit: Bei Zahnersatz 25%, bei Arzneimitteln 30-60% Selbstbeteiligung

Griechenland

Sozialdemokratisch; SQ: 26,4%; AL: 9,3%

Rente: Generalstreiks (so im Mai 2003) gegen Verschlechterungen bei der Altersrente: Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 65, Abschaffung der Mindestrente, Rentenkürzungen (Durchschnittsrente entspricht knapp 50% des durchschnittlichen Arbeitseinkommens).

Gesundheit: Selbstbeteiligung bei Medikamenten, 25% bei Zahnersatz, Brillen, Prothesen, Hörgeräten.

Dänemark

Liberal-Konservativ; SQ: 28,8%; AL: 5,5%

Arbeitsmarkt: Bereits ab Mitte der 1990er Jahre wurde eine Politik der »Rechte und Pflichten« verfolgt: u.a. Kürzung der max. Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von neun auf vier Jahre, Recht auf eine dreijährige »Aktivierungsphase« mit Lohnzuschüssen, Jobtraining/-rotation, Weiterbildung; bei Zurückweisung werden Leistungen gekürzt bzw. gestrichen.

Rente: Das Einkommen während des Vorruhestands (von 60-65 Jahren) ist niedriger als das Arbeitslosengeld, aber höher als die Grundrente, max. 1660 EUR; es ist keine rein steuerfinanzierte Leistung mehr, sondern wird durch einen über die Arbeitslosenkasse eingezogenen Eigenanteil mitfinanziert; zudem wirkt die Inanspruchnahme rentenmindernd. Pläne, den Vorruhestand umfassender einzuschränken, sind bislang am Widerstand von Gesellschaft und Gewerkschaften gescheitert.

Gesundheit: Selbstbeteiligung bei Zahnbehandlung 35-60%; Zahnersatz keine Versicherungsleistung, nach Ausgaben gestaffelte Selbstbeteiligung an Arzneimitteln (bis 69 EUR:

100%, bis 167 EUR: 50% usw.); Erstattungen für Medikamente nur nach Positivliste.

Schweden

Sozialdemokratisch; SQ: 32,3%; AL: 5,5%

Rente: Nach der in 2001 in Kraft getretenen Rentenreform gibt es eine Basisrente (ab 65 Jahre) und einen einkommensabhängigen Pensionsfonds (öffentlich oder privat) mit einem demografischen Faktor (Pension nach Lebenserwartung, nicht vor dem 61. Lebensjahr). Zugrundegelegt werden nicht mehr die »besten« 15 Jahre, sondern die gesamten Erwerbseinkommen.

Gesundheit: Das schwedische Gesundheitssystem hat eine Radikalkur hinter sich: Krankenhäuser wurden geschlossen, Personal entlassen mit der Folge langer Wartezeiten; überall wurden Wettbewerbselemente eingeführt. Selbstbeteiligungen max. 97,43 EUR/Jahr: Krankenhaus (8,62 EUR/Tag), Arzt (bis 28,15 EUR). Selbstbeteiligung an Arzneimitteln bis max. 463 EUR/Jahr. Zahnbehandlung bis 20. Lebensjahr kostenlos.

Norwegen

Mitte-Rechts-Minderheitsregierung; SQ: 27,1%; AL: 4,5%

Rente: Ein Ausschuss zur Zukunft der Alterssicherung hat der Regierung vorgeschlagen, die Renten künftig an die Einkommen während des gesamten Berufslebens (statt der »besten 20 Jahre«) zu koppeln, was einen senkenden Effekt hat und dem vorzeitigen Ruhestand mit 62 statt 67 Jahren entgegenwirken soll. Die Rente setzt sich dann aus einer garantierten Mindestrente und einer einkommensabhängigen Pension zusammen.

Gesundheit: Selbstbeteiligungen bis max. 200 EUR/Jahr: Arztbesuch 15 EUR, Medikamente 36%. Die stationäre Behandlung ist frei; das Problem sind die langen Wartezeiten insbesondere bei einfachen Eingriffen.

Finnland

Sozialdemokratie/Zentrumspartei; SQ: 25,2%; AL: 9%

Arbeitsmarkt: Kürzungen bei Arbeitslosengeld und aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Rente: vergleichbar mit Schweden gilt ab 2005 u.a.: Anhebung des Mindestrentenalters auf 63 Jahre, Frühverrentung nur noch ab 62, demografischer Faktor (Lebenserwartung).

Gesundheit: Selbstbeteiligungen bei Arztbesuch, Medikamenten (max. 594 EUR/Jahr), Krankenhausaufenthalt (stationär: 26, ambulant: 22 EUR/Tag). 60% Erstattung bei Zahnbehandlung, jedoch keine bei Zahnersatz. In den 1990er Jahren wurden die Krankenhauskapazitäten drastisch reduziert mit der Folge erheblicher Wartezeiten.

Unser Europa ist ein soziales Europa



Warum Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau in Europa? Die Kapitalakkumulation – und damit das Wirtschaftswachstum – hängt von den Nettoinvestitionen ab. Bleiben diese Investitionen zu gering, wird die Produktion zugleich rationalisiert, werden die öffentlichen Investitionen gekürzt, dann schrumpft die Nachfrage nach Lohnarbeit und die Finanzgrundlagen für die sozialen und öffentlichen Kassen erodieren. Die Verteilungskonflikte werden verschärft, wobei die Beschäftigten mit den Gewerkschaften, die Arbeitslosen mit ihren Selbsthilfeorganisationen, die Altersrentner und die Kranken zunehmend verschlechterte Kampf- und Durchsetzungsbedingungen haben.

Die Politik von Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung, der Ausweitung von Niedriglohnsektoren, des Sozialabbaus läuft auf eine allgemeine Absenkung des Lohnniveaus, die Zerstörung des erkämpften sozialen Status der Lohnabhängigen und der Zersetzung demokratischer und sozialer Rechte (Tarifautonomie, soziale Schutzrechte) hinaus.

Die Herrschenden werden auf diese Abwärtsspirale für die Mehrheit der Bevölkerung nicht von selbst verzichten; wir müssen uns gegen die Zersetzungsstrategie zur Wehr setzen. Der Widerstand gegen Sozialkahl Schlag und Lohnabbau muss in eine Neuerfindung der Politik für ein soziales Europa verlängert werden.

Wir fordern

- die Aufhebung der Privilegien für Kapital- und Vermögenseinkommen; eine effektive Besteuerung der Großunternehmen; Wiedererhebung der Vermögensteuer und
- eine höhere Erbschaftssteuer
- die Koordinierung des europäischen Steuersystems, um Steuerdumping für Unternehmen einzudämmen und Steuerschlupflöcher zu schließen
- die Besteuerung von Devisentransaktionen (europäische Tobin-Steuer) und von Börsenumsätzen; Regulierung internationaler Finanzmärkte und Kapitalströme
- ein Programm zur Bekämpfung von Unterentwicklung, Armut und Hunger im internationalen Maßstab zur Eindämmung der weiter zunehmenden Nord-Süd-Polarisierung.
- Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch verstärkte öffentliche Investitionen in qualitativen Wachstumsfeldern; Arbeitszeitverkürzung; aktive Arbeitsmarktpolitik.
- den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und eine wirkliche Modernisierung der Gesundheitsversorgung;
- einen radikalen Politikwechsel, der auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine gesellschaftlich gesteuerte Ökonomie und eine Ausweitung des öffentlichen Sektors – Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung – gerichtet ist.

Sozialismus

Sozialismus ist ein monatlich erscheinendes Forum für die politische Debatte der gewerkschaftlichen und politischen Linken in der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Themen:

- die ökonomischen und politischen Fakten für die Bundesrepublik und die EU
- die Gewerkschaftslinken im Forum Gewerkschaften

- Krieg und Völkerrecht
 - Analyse/Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsformation
 - Supplements zu Grundsatzfragen
 - Ausblicke auf die Geschichte der Linken
- Kontakt: Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6,
D-20099 Hamburg, Tel. ++4940/280 505 67, Fax 280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Eine pdf-Datei dieses Flugblatts kann aus dem Netz heruntergeladen werden: www.sozialismus.de

Bundesregierung bekämpft Arbeitslose statt Arbeitslosigkeit

Was die Hartz-Gesetze Nr. 3 und 4 bedeuten

In der Regierungserklärung zur Agenda 2010 hieß es: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Daran stimmt alles – bis auf „jedem Einzelnen“. In Wahrheit werden nur die ArbeiterInnen, Angestellten, Arbeitslosen und RentnerInnen als Schuldige an der Arbeitslosigkeit ausgemacht und daher geschröpft. Die von Regierung und Opposition gebetsmühlenartig beschworene Formel, „die Arbeit müsse per Senkung der Lohnnebenkosten billiger werden“, meint nichts anderes, als die ArbeitnehmerInneneinkommen zu senken und die UnternehmerInnen weiter zu entlasten.

Was bedeuten nun die am 17.10.2003 in erster Lesung vom Bundestag beschlossenen Gesetzesentwürfe „Hartz 3 und 4“, über deren weitere Verschärfung zur Zeit im Vermittlungsausschuss gefeilscht wird?

Im Hartz-3-Gesetz geht es um die Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit zur „Bundesagentur für Arbeit“. Die Bundesagentur soll sich nun auch um die bisherigen SozialhilfeempfängerInnen kümmern, für die bislang die Kommunen zuständig waren. Dies wird an der Arbeitslosigkeit überhaupt nichts ändern. Zur Zeit haben wir mehr als 4 Millionen offizielle Arbeitslose zuzüglich mehr als 2 Millionen stille Reserve, die aus der Statistik gestrichen wurden oder die aufgegeben haben.

Im Hartz-4-Gesetz geht es um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2002 erklärte die SPD noch: „Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Ge-

sellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“ Dies ist nun vergessen. Arbeitslosen- und Sozialhilfe sollen zusammengefaßt werden zum „Arbeitslosengeld II“, und zwar auf dem Niveau der Sozialhilfe.

Was bedeutet das konkret?

- Alleinstehende erhalten monatlich 345 Euro.
- Das neue Arbeitslosengeld II enthält daneben Pauschalen für Kleidung und Hausrat. Miete („soweit angemessen“) und Heizung werden extra bezahlt.
- Das Einkommen des Partners/der Partnerin wird angerechnet. Als Bonbon für die „AbweichlerInnen“ wurde beschlossen, dass volljährige Kinder und Eltern im allgemeinen bei Arbeitslosigkeit nicht füreinander aufkommen müssen.
- Mit einer Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmung wurde beschlossen, dass jede legale Arbeit angenommen werden muss; ansonsten drohen Kürzung oder Streichung des Arbeitslosengeldes II. Also müssen Arbeitslose auch die neuen 400-Euro-Mini-Jobs annehmen – mit allen Folgen für Arbeitslosengeld und Rente.
- Anrechnungsfrei bleiben Riester- und Betriebsrenten sowie 200 Euro Ersparnis pro Lebensjahr.
- Aufgrund der verschärften Bestimmungen werden von den heute 2,6 Millionen Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Haushalten 600 000 keine Leistungen mehr erhalten.
- Ab 2005 sollen durch die Hartz-Gesetze Einsparungen von 3,4 Mrd. Euro pro Jahr erzielt werden; das entspricht einer Kürzung von 30% zu 2002.

Anmerkung: Nach Angaben des

Städtetages haben die Unternehmen aufgrund der steuerlichen Entlastungen immer weniger an Gewerbe-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer bezahlt, 2001: -19,1 Mrd. Euro; 2002: -23,7 Mrd. Euro; HR 2003: -21,5 Mrd. Euro gegenüber 2000.

Die IG Metall kommentierte dies im Arbeitsmaterial „JA zu Reformen – NEIN zum Sozialabbau“. Mit dem Arbeitslosengeld II „werden sozialstaatliche Grundstrukturen in Frage gestellt. Das der bisherigen Arbeitslosenhilfe zugrundeliegende Lohnersatzleistungs-Prinzip zielt darauf ab, einen Beitrag zur Erhaltung des Lebensstandards für Arbeitslose zu leisten. Dem gegenüber liegt dem Arbeitslosengeld II – wenn überhaupt – lediglich noch das Ziel der nackten Armutsvermeidung zugrunde.“

Unter dem Druck der drohenden Verarmung wird der Niedriglohnsektor ausgeweitet (Not macht erpressbar), werden die UnternehmerInnen von Lohnkosten und Kosten der sozialen Sicherung entlastet.

Parallel stehen die beschlossene Verschlechterung des Kündigungsschutzes und die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes: Das Arbeitslosengeld I (bisher 67% des letzten Nettolohns für 32 Monate, danach 57% als Arbeitslosenhilfe) wird für die unter 55-jährigen auf 12 Monate und für die über 55-jährigen auf 18 Monate begrenzt. Nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit ab in die Hetze „ich nehme jede Arbeit an“ und in die Armut. Die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sind entschieden abzulehnen!

WOLFGANG ERDMANN
Betriebsratsvorsitzender
Jungheinrich Norderstedt

Unfall- und Gesundheitsschutz sind kein Luxus!

Gegen die Demontage unseres Arbeitsschutzsystems müssen wir uns wehren

LiebEr KollegIn, stell dir vor, du fährst gerade mit dem Auto von der Arbeit nach Hause. Der Arbeitstag war stressig wie üblich, der Verkehr ist dicht wie üblich. In Gedanken bist du noch am Arbeitsplatz, wälzt Probleme hin und her, und dann kracht es plötzlich. Totalschaden, eine Rippe angebrochen, böse Platzwunden, erst mal arbeitsunfähig. Dennoch: Es hätte schlimmer kommen können. Aber dann – das böse Erwachen. Die Berufsgenossenschaft ist nicht mehr zuständig: Keine Behandlung in der Unfallklinik, kein Verletzengeld, Taxifahrten musst du selbst zahlen. Sind wir im falschen Film? Vielleicht bald nicht mehr. Denn so wollen es die ArbeitgeberInnen, und so war mehrheitlich die Meinungsbildung im Bundesrat: Wegeunfälle werden aus dem Leistungskatalog der Unfallversicherung weitgehend gestrichen. Und das ist noch längst nicht alles.

Kostenfaktor Arbeitsschutz?

Es begann mit eher harmlos daher kommenden Schlagworten wie ‚Deregulierung‘ und ‚Bürokratieabbau‘. Inzwischen werden wir mit einer wahren Flut immer neuer

Vorschläge und Initiativen der Bundesregierung, der Bundesländer und der ArbeitgeberInnen zur Demontage unseres Arbeitsschutzsystems überschüttet. Zug um Zug werden Rechtsverordnungen im Arbeitsschutz ‚verschlankt‘. So zum Beispiel der Entwurf der Bundesregierung zur neuen Arbeitsstättenverordnung. Der Staat gibt immer weniger konkrete Regeln vor. Verwiesen wird auf die ‚Eigenverantwortung‘ der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Sie sollen die Dinge am besten unter sich aushandeln. Ein aus Bayern kommender Gegenentwurf zur Arbeitsstättenverordnung geht noch einen Schritt weiter: Bayern will praktisch alle Verpflichtungen für die ArbeitgeberInnen streichen, selbst die Gefährdungsbeurteilung.

Der Arbeitsschutz in Deutschland hat etwas erreicht. Mit weniger als 40 meldepflichtigen und weniger als 0,03 tödlichen Arbeitsunfällen pro 1000 VollarbeiterInnen liegen wir im internationalen Vergleich recht gut. Dies ist auch ein Ergebnis des dualen Arbeitsschutzsystems: Die staatliche Arbeitsschutzaufsicht der Länder (die

Gewerbeaufsicht) hat die Aufgabe, branchenübergreifend die betriebliche Umsetzung staatlicher Rechtsvorschriften zu kontrollieren. Die UnfallversicherungsträgerInnen (Berufsgenossenschaften und Unfallkassen) haben die Aufgabe, branchenbezogene Regelungen zu erstellen und für deren Umsetzung zu sorgen. Beide Institutionen haben auch große Fortschritte darin gemacht, Unternehmen und Dienststellen qualifiziert zu beraten. Sicherlich: Im bestehenden Arbeitsschutz ist noch vieles verbesserungswürdig. Insbesondere die Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen muss noch viel stärker als bisher ins Blickfeld genommen werden. Doch statt Defizite und Schwächen zu bearbeiten, geht man jetzt mit der Abrissbirne an die beiden Säulen des Arbeitsschutzes: Das duale Arbeitsschutzsystem ist bedroht.

Die Arbeitsschutzaufsicht ist genauso unverzichtbar ...

Immer wieder ist zu hören: Es gibt Doppelzuständigkeiten, Doppelt- und Mehrfachkontrollen und daher überflüssige Doppelbelastungen der Unternehmen. Die Wirk-



Lesetipp

Dumm gelaufen ... und alle rennen mit

Im April geht es wieder an den Start. Tausende von Läufern werden sich auf den Weg durch die Stadt machen und versuchen den Marathonlauf zu überstehen. Vorher haben sie sich im Wald oder auf der Straße bzw. dem Weg um die Alster gequält, um für diesen Lauf fit zu sein.

C. Külzer-Schröder und W. Aufenanger haben witzige, kuriose und unterhaltsame Geschichten rund

Lesetipp

ums Laufen gesammelt und in diesem Buch zusammengestellt. Wer nach dem Laufen oder auch sonst noch die Muse hat, zu lesen und sich für Sport interessiert, der sollte hier einmal reinschauen.

**Dumm gelaufen ...
und alle rennen mit**
Hrsg. Christoph Külzer-Schröder,
Winfried Aufenanger
Agon-Verlag
ISBN: 3-89784-098-7
Preis: 12,50 Euro

lichkeit sieht anders aus: Die Arbeitsschutzbehörden sind durch jahrelange Personal- und Mittelkürzungen schon fast ausgeblutet. Zu flächendeckender Überwachung sind sie kaum noch in der Lage. Inzwischen gehen einige Bundesländer dazu über, die Arbeitsschutzverwaltungen auf Regierungsbezirke oder Kreise aufzuteilen. Damit wird die staatliche Aufsicht faktisch aufgelöst. Doch ohne staatliche Aufsicht sind unsere Gesetze erst recht wirkungslos ...

... wie die gesetzliche Unfallversicherung!

Gleichzeitig sieht sich die gesetzliche Unfallversicherung dem permanenten Vorwurf von ArbeitgeberInnen und Politik ausgesetzt, sie sei zu teuer, zu bürokratisch. Im Bundesrat wurden Bestrebungen der CDU- und CSU-regierten Länder positiv aufgenommen, den Leistungskatalog der Unfallversicherung um bis zu 30% zu kürzen: Auf der Streichliste stehen nicht nur die Wegeunfälle. Gekürzt werden sollen auch Entschädigungen, Leistungen der Rehabilitation und Heilbehandlungskosten. Die Unfallversicherung soll auch nicht mehr „mit allen geeigneten Mitteln“ für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zuständig sein. Bedroht ist die bewährte Rechtsetzung der aus ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenvertreterInnen zusammengesetzten Selbstverwaltung. Bedroht ist damit auch ein Stück

unmittelbarer sozialer Demokratie.

Wir sollten aktiv werden!

Noch gilt das Arbeitsschutzgesetz, und es formuliert hohe Ziele für die menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Doch faktisch regieren Markt und Konkurrenz: Länger arbeiten, Stress, Zeitdruck, Angst um den Arbeitsplatz – so sieht die Wirklichkeit aus. Gerade deshalb brauchen wir Verbesserungen und sinnvolle Reformen im Arbeitsschutz. Aber Reformen, die nur alles abbauen, sind keine Reformen.

Wenn das Prinzip des dualen Arbeitsschutzsystems fällt, sind Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten, ebenso wie die Behandlung und Rehabilitation, nicht mehr in der bisherigen Qualität gewährleistet.

Liebe KollegInnen, Unfall- und Gesundheitsschutz sind kein Luxus! Wir sollten nicht zulassen, dass Behörden und Unfallversicherung gegeneinander ausgespielt werden. Das duale System muss erhalten bleiben! Werden wir aktiv in unseren Betrieben und Dienststellen: Schreibt an eure Landtags- und Bundestagsabgeordneten! Formuliert eigene Briefe und Erklärungen, sammelt Unterschriften! Lasst nicht locker, hakt nach! Eure Aktivität ist die Grundlage für weitere gewerkschaftliche Aktionen!

HEINZ STAPF-FINÉ
DGB-Bundesvorstand

Lesetipp



Rosario Tijeras
Jorge Franco
Union Verlag
ISBN: 3-293-00303-6
Preis: 14,80 Euro

Rosario Tijeras

Antonio ist ein junger Mann, der in Medellin, Kolumbien lebt, gemeinsam mit seinem Freund Emilio lernt er Rosario Tijeras kennen. Rosario ist eine Killerin im Auftrag des Kartells. Als sie schwer verletzt im Krankenhaus liegt, erinnert sich Antonio an den Verlauf der Beziehung und versucht ein Bild von der Person Rosario zu zeichnen.

Dieser Roman bietet einen Einblick in die verworrene und zum Teil ausweglose Lage der EinwohnerInnen von Medellin und in deren Psyche. Ein lesenswertes Buch, dass bis zum Schluss spannend bleibt.

Der Hausmeister



